Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 28 (2001)
Heft: 3

Artikel: Die UNO-Frage : die Schweiz - nach allen Seiten offen
Autor: Crivelli, Pablo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911021

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bis 2003 soll die Schweiz UNO-Mitglied werden

VON PETER AMSTUTZ

Zu den Dauerbrennern der Bundespolitik gehört auch die Frage des Beitritts der Schweiz zu den Vereinten Nationen (UNO). Doch noch in dieser Legislatur bis Ende 2003 soll sich, falls eine Mehrheit von Volk und Ständen Ja sagt dazu, endlich erfüllen, was Bundesrat und Bundesversammlung gemeinsam anstreben.

IM MITTLERWEILE VIERTEN «Bericht über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der UNO» (nach 1969, 1971 und 1977) vom 1. Juli 1998 steht: «Der Bundesrat hält fest, dass er das strategische Ziel der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zum politisch frühestmöglichen Zeitpunkt erreichen möchte.» Seit dem 1. März 2000 liest man auch in der Legislaturplanung für die Jahre 1999–2003: «Der Bundesrat will die Schweiz in dieser Legislaturperiode in die UNO führen.»

Erster Beitrittsversuch 1986

Ob die Schweiz der UNO beitreten oder ihr als «immerwährend» neutraler Staat (siehe Kasten) besser fernbleiben soll, diese Frage wird seit Ende des Zweiten Weltkriegs erörtert. 1945 meinte eine Expertenkommission, der Beitritt sei wünschbar – aber der Bundesrat verzichtete auf weitere Bemühungen, weil gegenüber den Verpflichtungen der UNO-Charta kein ausdrücklicher Neutralitätsvorbehalt der Schweiz angebracht werden konnte. 1981 kam der Bundesrat zum Schluss, unter den «nachhaltig veränderten Bedingungen» sei ein formeller Neutralitätsvorbehalt überflüssig. Doch am 16. März 1986 sagten 75,7 Prozent der Stimmenden Nein zum UNO-Beitritt; in keinem einzigen Kanton wurde eine Ja-Mehrheit ausgezählt. Das siegreiche gegnerische Komitee organisierte sich darauf als «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (Auns; Präsident Christoph Blocher, Zürich) für nächste Auseinandersetzungen.

Dass das Thema nun wieder auf die Traktandenliste kommt, geht auf Bemühungen der SP-Nationalräte Andreas Gross (Zürich) und Remo Gysin (Basel) zurück, die am 6. März 2000 auf der Bundeskanzlei eine Volksinitiative mit 124 772 Unterschriften «für den Beitritt der Schweiz zur UNO» einreichten. Ein vom Bundesrat durchgeführtes Vernehmlassungsverfahren zeigte, dass von breitem Widerstand gegen eine UNO-Mitgliedschaft nicht mehr die Rede sein kann.

Ohne Angst um Neutralität

Zu den «Einzelfragen von besonderer Bedeutung für die Schweiz» zählt der Bundesrat auch die Neutralität. Dazu steht in der UNO-Botschaft: «Die Neutralität wird durch die UNO-Mitgliedschaft nicht beeinträchtigt. Eine Verpflichtung zur Entsendung von Truppen für militärische Missionen entsteht aus dem Beitritt nicht. Die UNO respektiert die Neutralität von Mitgliedstaaten.»

Um alle Zweifel zu beseitigen, beabsichtigt der Bundesrat, bereits im Beitrittsgesuch auf die Beibehaltung der Neutralität ausdrücklich hinzuweisen. Dieser Hinweis soll bei der ersten UNO-Generalversammlung wiederholt werden.

Peter Amstutz ist langjähriger Bundeshaus-Redaktor der Basler Zeitung.

Keystone

Ogi in New York: Zum ersten Male betrat beim UNO-Millenniumsgipfel im September 2000 ein Schweizer Bundespräsident das Rednerpult der UNO-Generalversammlung.

Aktive Präsenz

Seit dem 4. Dezember 2000 liegt die Botschaft des Bundesrates zur UNO-Beitrittsinitiative beim Parlament. Im wesentlichen wird dort dargelegt, dass der seit 1948 andauernde Beobachterstatus in der weltumspannenden Organisation der 189 Staaten, der einzig die Schweiz und der Heilige Stuhl (Vatikan) noch nicht beigetreten sind, keine wirksame Interessenwahrung und Mitarbeit zulasse: «Die internationale Stellung der Schweiz verlangt nach einer aktiven Präsenz. Das Abseitsstehen kann weder politisch noch rechtlich oder wirtschaftlich begründet werden.» Letztlich ergebe sich daraus nur ein unnötiger Verschleiss von Ressourcen. Eine wirklich nachhaltige multilaterale Interessenwahrung der Schweiz erachtet der Bundesrat künftig nur durch gleichberechtigtes Mitmachen der Schweiz für erreichbar.

Zu den weiteren Überlegungen gehört auch die Tatsache, dass die Schweiz mit Genf den Europa-Sitz der UNO mit total etwa 11 000 Beschäftigten sowie jährlich rund 80 000 Besuchern (Delegierten) beherbergt. Doch nicht buchhalterische Gesichtspunkte, sondern aussenpolitische Argumente sollen die nächste UNO-Volksabstimmung prägen, hofft der Bundesrat: «Der UNO-Beitritt unterstreicht den Willen der Schweiz, an der internationalen Politik solidarisch mitzuwirken und auf weltweite, sie direkt berührende Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Die Schweiz kann sich uneingeschränkt hinter die Ziele der UNO-Charta stellen. Sie kann den Bestimmungen Folge leisten, ohne die Neutralität aufzugeben.»

Weitere Informationen unter:
www.uno.admin.ch

Die Schweiz – nach allen Seiten offen

VON PABLO CRIVELLI

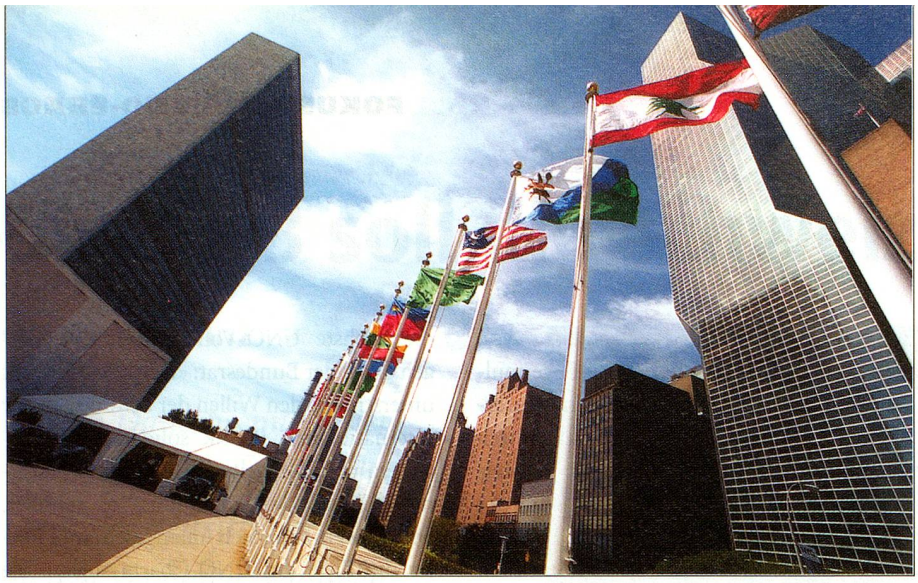
Als kleines, prosperierendes Land im Herzen des europäischen Kontinents lebt die Schweiz vom Kontakt und Austausch mit dem Ausland und von dessen vielfältigen Einflüssen. Diese Offenheit hat die helvetische Identität geprägt.

MIT DEM BEKENNTNIS, ganz verrückt nach roher Speise zu sein, kann man heutzutage niemanden mehr schockieren. Sushi, das traditionelle japanische Gericht aus rohen Fischhäppchen, hat sich inzwischen schon so sehr im schweizerischen kulinarischen Panorama etabliert, dass gewisse Lebensmittelläden bereits Sushi-Lunchbags für den schnellen Verzehr in der Mittagspause anbieten.

Lebendige Kulturen

Dass «exotische» kulinarische Spezialitäten sich einen Platz auf unserer Menükarte erobern konnten, ist eines von vielen Beispielen der wachsenden kulturellen «Kontaminierung» zwischen zwei auch weit voneinander entfernten Gesellschaften. Es handelt sich dabei nicht um ein neues Phänomen: Anlässlich einer von der interamerikanischen Bank für Entwicklung mit Sitz in Washington organisierten Tagung fragte sich der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa, ob wohl je Kulturen existiert hätten, die während Jahrhunderten unverändert geblieben seien. Wohl kaum, ist der Schriftsteller überzeugt, mit Ausnahme einiger isolierter Stammesvölker, die immer auch Gefahr liefen, auszusterben.

Mit seinen Aussagen wollte Llosa gegen all jene polemisieren, welche äussere Einflüsse als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität verteufeln. Der südamerikanische Intellektuelle findet diese Haltung nebulös, oftmals dem Vorzimmer des Nationalismus entspringend und zu allgemein, um der einzigen Identität Rechnung zu tragen, die in seinen Augen wirklich zählt: jener des einzelnen Individuums mit seinen zahllosen Facetten. Llosa ist davon überzeugt, dass die gefürchtete Globalisierung nicht notwendigerweise das Ende der so genannten Minderheitenkulturen bedeutet, wie etwa das Wiedererstarken der sprachlichen Regionalismen in Spanien und Frankreich beweist. Mit Sicherheit, so Llosa, wird die Welt in



Keystone

Schweiz und Vatikan abseits: Landesfahnen vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York.

fünfzig Jahren eine ganz andere sein als jene, in der wir heute leben, weniger durchtränkt von lokaler Kultur.

Mehr Vielfalt

Aufgrund ihrer geografischen Lage bekommt die Schweiz mehr als jedes andere Land die Auswirkungen von Veränderungen des Auslands zu spüren. Dafür bestehen zahlreiche historische Beispiele. So etwa die Zeit der Helvetik, als die alte Eidgenossenschaft unter dem Einfluss der Armeen Napoleons zum ersten Mal mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und dem Keim der nationalen Einheit in Berührung kam. Während des 1. Weltkriegs ergriffen die Romands für die Entente und die Deutschschweizer für die Achsenmächte Partei – ein Zeichen dafür, wie labil politische Grenzen gegenüber sprachlichen Affinitäten zuweilen sein können.

In den letzten 150 Jahren hat der Modernisierungsprozess das Gesicht der Schweiz verändert: Die kulturelle Vielfalt hat zugenommen. Von einem Auswanderungsland hat sich die Eidgenossenschaft zum Einwanderungsland entwickelt. Die ausländische Bevölkerung hat die schwache Geburtenrate der Einheimischen kompensiert und so einen unverzichtbaren Beitrag zur ausserordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit und insbesondere des Handels, der Quelle unseres Wohlstands, geleistet. Gerade in letzterem Sektor ist die Schweiz ganz und gar «international», als Land, das kaum über Bodenschätze verfügt. Gegenwärtig verdienen wir einen von zwei Franken im Ausland. Die Zunahme der Handelsaktivitäten war begleitet von gesteigerter Mobilität – von Arbeitskräften, Studenten und Touristen.

Wie das Phänomen Aids belegt, hat die Globalisierung nicht einmal vor Krankheiten und Seuchen Halt gemacht. Im Rahmen einer Studie einer amerikanischen Zeitschrift, welche den Grad der Globalisierung der einzelnen Staaten untersuchte, rangiert die Schweiz nach Singapur, Holland und Schweden auf dem vierten Platz.

Internationale Schweiz

Diese Ergebnisse widersprechen dem Bild einer sich ins Schneckenhäuschen zurückziehenden Schweiz. Obwohl sie nämlich zu den global am stärksten vernetzten Ländern gehört, ist sie der einzige Staat, zusammen mit dem Vatikan, der nicht Vollmitglied der UNO ist. In diesem Zusammenhang wird gelegentlich von der helvetischen «Absonderlichkeit» gesprochen. Dabei hat die Schweiz im Bereich der internationalen Kontakte eine durchaus respektable Tradition vorzuweisen.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts beherbergten Bern und Genf internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz IKRK und den Weltpostverein. Seit 1915 befindet sich in Lausanne der Sitz des Internationalen Olympischen Komitees IOC, während seit 1927 die FIFA in Zürich beheimatet ist. Trotz ihrer Neutralität trat die Schweiz dem Völkerbund mit Sitz in Genf – dem Vorläufer der UNO – bei, der ersten kollektiven Sicherheitsorganisation der Welt, gegründet als Reaktion auf das Gemetzel des 1. Weltkriegs. Der Beitrag der Schweiz beschränkte sich auf Lösungsvorschläge in Bereichen mit geringem politischem Charakter. Die mangelnde universale Durchschlagskraft der Organisation sowie das Aufkommen des Totalitarismus liessen Bern 1938 zur Überzeugung gelangen, zum traditionellen Status der vollen Neutralität zurückzukehren

Diplomatie der Guten Dienste

Nach 1945 entschloss sich die Schweiz zwar nicht zum UNO-Beitritt, jedoch zur Zusammenarbeit mit der neu gegründeten Organisation in all jenen Bereichen, die als politisch unproblematisch galten. Getreu dieser Doktrin schloss sich die Schweiz den UNO-Spezialorganisationen an – Unesco, FAO, IWF usw. – und leistet dabei einen grosszügigen finanziellen Beitrag:

Wie steht es

VON ISABELLE EICHENBERGER

In diesem Jahr feiert Genf das Hundert-Jahr-Jubiläum der Verleihung des ersten Friedensnobelpreises an Henri Dunant, Gründer des Roten Kreuzes. Auf dieses Symbol der internationalen Ausstrahlung ist die Calvinstadt sehr stolz.

«DER GENFER GEIST nährt sich aus dem Kosmopolitismus, der sich im Laufe der Jahrhunderte in einer Stadt entwickelte, die aufgrund ihrer geografischen Isolation zu einer Öffnung gegenüber der Welt gezwungen war, und der internationalen Dimension als Sitz des Völkerbundes zugleich. Das ist kein Mythos, sondern das Resultat einer aktiven multilateralen Diplomatie.» Mit dieser Definition trifft François Nordmann, Schweizer Botschafter bei den internationalen Organisationen in Genf, den Kern der Sache. Und auch wenn dieser Status nicht allen Schweizern bekannt ist und manchmal gar auf Unverständnis stösst, funktioniert die eidgenössische Solidarität ziemlich gut.

1920 arbeiteten 200 Diplomaten und Beamte in Genf. Heute ist ihre Zahl inklusive Familienmitglieder auf über 30 000 an-

Allein im Jahre 1999 überwies sie diesen Institutionen gut 469 Millionen Franken. Das internationale Engagement der Schweiz hat sich in den letzten Jahrzehnten noch verstärkt: Zwischen 1980 und 1990 gehörte sie zu jenen Staaten, die ihre Mitgliedschaften in internationalen Organisationen am meisten ausgebaut hatten. Im Jahre 1995 war die Schweiz in 64 zwischenstaatlichen Organisationen und in 2600 internationalen nichtstaatlichen Organisationen vertreten.

Diese Zahlen können jedoch eine Tatsache nicht aus der Welt schaffen: Politisch gesehen ist die Schweiz auf internationaler Ebene isoliert. Dies zeigt sich verstärkt in Krisensituationen, wie etwa im Falle der nachrichtenlosen jüdischen Vermögen. Ähnliches konnte schon in den sechziger und siebziger Jahren festgestellt werden: Die Entspannung zwischen den Blöcken des Kalten Krieges und die wachsende Bedeutung der multilateralen Diplomatie zur Lösung globaler Probleme wie der Armut, der Umweltverschmutzung oder der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen hatten den Stellenwert der Neutralität vermindert sowie die Grenzen der Diplomatie der Guten Dienste aufgezeigt.

Diese Tendenz hat sich nach dem Fall der Berliner Mauer noch verstärkt. Die neue strategische Lage in Europa sowie die grössere Handlungsfreiheit der UNO haben die Debatte über einen Beitritt der Schweiz zu dieser Organisation neu entfacht. Der Beobachterstatus, für welchen unser Land Millionen von Dollars entrichtet, ohne ein Stimmrecht zu haben, wird mehr und mehr zu einem Anzug, der nicht mehr passt.

m den Genfer Geist?

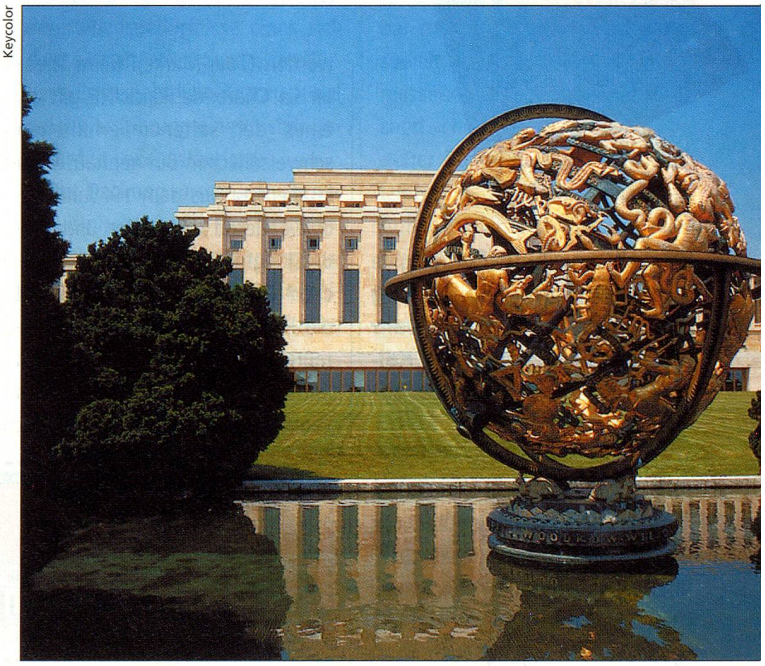
gewachsen, verteilt auf 19 Regierungsorganisationen, die permanenten Vertretungen von rund 140 Staaten bei der UNO und etwa 130 Nichtregierungsorganisationen.

Dieser diffuse Begriff beinhaltet so verschiedene Gebiete wie humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Umwelt und Entwicklung, Bildung, Frieden und Sicherheit, Abrüstung, Meteorologie, Kernforschung, Gesundheitswesen oder Telekommunikation. Es ist unmöglich, alle Organisationen aufzuzählen, aber erwähnt sei die Schaffung wichtiger Zentren für Sicherheitspolitik, Minenräumung und Rüstungskontrolle, die zwar kaum bekannt, aber sehr aktiv sind. Zudem steht die «europäische Hauptstadt der multilateralen Diplomatie» im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Austauschs mit der Weltorganisation für geistiges Eigentum, der Internationalen Arbeitsorganisation oder dem Internationalen Arbeitsamt. Und seit sie gar in Konkurrenz zu Bonn den Sitz der Welthandelsorganisation gewonnen hat, befindet sie sich im Zentrum der Globalisierungsmechanismen.

Die humanitäre Tradition dieser Handelsstadt, die im 16. Jahrhundert mit der Aufnahme der Hugenotten aufblühte, bestätigte sich 1864 bei der Unterzeichnung der ersten der von Henri Dunant gegen die Kriegsgräuel initiierten Genfer Konventionen. Ihre diplomatische Berufung wurde 1919 gefestigt, als auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Versailler Vertrag Genf zum Sitz des Völkerbundes bestimmt wurde. Die «universelle Aura» beeinflusste von da an selbst die Stadtentwicklung mit dem Bau eines Flugplatzes in Cointrin 1920, der Modernisierung des Bahnhofs Cornavin und der Gründung eines Radiosenders. Mit dem Bau des Palais des Nations 1936 (drei Jahre später sollte der Krieg den Völkerbund zerschlagen), weiterer Gebäude und Verbindungsstrassen begann sich langsam das Bild der heutigen «internationalen Zone» abzuzeichnen. Als 1945 die Charta der Vereinten Nationen in Kraft trat, unterzeichnete die UNO ein Abkommen mit dem Bundesrat und eröffnete im folgenden Jahr ihren europäischen Sitz im Komplex des ehemaligen Völkerbundes mit Blick auf den Genfersee und den Mont-Blanc.

Der zweite Sitz der UNO trägt Genf 3 Milliarden Franken ein, stellt aber die Stadtverwaltung auch vor wachsende Infrastrukturprobleme. Eine weitere Entwicklung des internationalen Lebens ist kaum vorstellbar: Die Schulen sind überfüllt, Wohnungen sind ebenso schwer zu finden wie Personal, da das Kontingent der ausländischen Arbeiter erschöpft ist. Im Zeichen des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs wächst in Genf zudem der Zustrom ausländischer Firmen.

Keycolor



Europäischer Sitz der UNO: das Palais des Nations in Genf.